

## **Vortrag und Diskussion „Bezahlbarkeit des Lebens“**

Das Sozialforum Rosenheim als dem Netzwerk der Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen in und aus Rosenheim griff die Fragestellung nach der Bezahlbarkeit des Lebens auf, weil die Mitglieder genau mit diesen Fragen täglich konfrontiert sind. Und so organisierte das Sozialforum unter Federführung des Bildungswerkes Rosenheim am 21.07.2023 einen „Markt der Möglichkeiten“ mit Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge.

Butterwegge ist Politikwissenschaftler und einer der bekanntesten Armutsforscher in Deutschland. Er selbst sieht sich als Ungleichheitsforscher.

Allgemeine Inflation, aber vor allem Preissteigerungen bei Energie, Wärme, Strom, Treibstoffen, Lebensmitteln, die über normale Preisentwicklungen deutlich hinausgehen, stellen Menschen in Deutschland und Teile der Wirtschaft vor existenzielle Herausforderungen, weil es alle Lebensbereiche betrifft und viele Menschen sich nicht in einem Lebensbereich zugunsten eines anderen einschränken können.

Was ist politisch geboten, um diesen Herausforderungen zu begegnen?

Aufgrund der Covid-19-Pandemie, der Energiepreisexplosion und der Inflation nehmen die sozialen Probleme zu. Kaum hatte sich das Infektionsgeschehen der Covid-19-Pandemie hierzulande so weit beruhigt, dass man auf die baldige Beendigung der Coronakrise hoffte, da zerstörte der Ukrainekrieg im Februar 2022 alle Illusionen hinsichtlich einer ungestörten Wohlstandsentwicklung. Die wirtschaftlichen Verwerfungen in der Pandemie hatten die wachsende sozioökonomische Ungleichheit als Kardinalproblem der Bundesrepublik nicht bloß klarer ins öffentliche Bewusstsein treten lassen, sondern auch verschärft. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung (das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 24% des Privatvermögens) nimmt stetig zu, politische Maßnahmen, dem entgegenzuwirken, fehlen gänzlich.

Die Auswirkungen der Ungleichheit sind laut Butterwegge u.a. mangelnde Bildungschancen (Bildung ist vom Einkommen abhängig) und prekäre Lebensbedingungen nehmen zu – parallel dazu wächst das Vermögen der Wohlhabenden stetig. In der Pandemie wuchsen die Leistungen für die Wirtschaft – die Sozialleistungen hingegen nur gering.

Aufgrund der sich anschließenden Energiekrise nahmen die inflationären Tendenzen weiter Fahrt auf. Bedingt durch die enorme Verteuerung der Haushaltsenergie und steigende Lebenshaltungskosten entsteht eine verborgene, statistisch nicht erfasste und nur schwer zu erfassende Armut. Obwohl das Einkommen aller Mittelschicht Haushalte oberhalb der Armuts(risiko)schwelle liegt, sinkt ihre Kaufkraft aufgrund der rapiden Geldentwertung in zahlreichen Fällen so massiv, dass sie kaum noch über die Runden kommen. Die soziale Abwärtsspirale schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellt eine Gefahr für die Demokratie dar. Umso wichtiger ist es, die richtigen politischen Lehren aus der Coronakrise, dem Ukrainekrieg und der Inflation zu ziehen.

Als Abhilfe schlug der Referent die Weiterentwicklung des Sozialstaates durch die Einführung einer Bürgerversicherung vor. Alle würden gleichermaßen be- bzw. entlastet werden.

Des Weiteren schlägt Butterwegge Steuern auf Vermögens- und Kapitalerträge vor. Menschen mit niedrigeren Einkommen tragen, gesellschaftlich gesehen, höhere Lasten als Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen. Durch die Kapitalertragssteuer würden diese Lasten ausgeglichen(er).

Zudem spricht sich Butterwegge gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus, da dieses nicht bedarfsbezogen sei, es habe Auswirkungen auf die Lohnfindung (Lohn wird nur darüber hinaus gezahlt) und auf das gesamte Sozialsystem. Stattdessen ist er für die deutliche Erhöhung des Mindestlohnes, eine höhere Tarifbindung, damit die ausgehandelten Löhne allen Menschen zugutekommen. Darüber hinaus befürwortet

er eine Reform des Arbeitsrechts, die Leiharbeit einschränkt und zu fairen Bedingungen für alle Beschäftigten führt.

Die Überwindung der wachsenden Ungleichheit in der Bevölkerung sei das beste Mittel zur Stabilisierung unserer Demokratie. Als eine Ursache für das Erstarken rechter Parteien sieht er die wachsende Angst in der Bevölkerung.

Im Anschluss konnten sich die Besucherinnen und Besucher beim „Markt der Möglichkeiten“ über die verschiedenen Verbände und Einrichtungen informieren. Hier wirkten mit:

Attac Rosenheim, Betriebsseelsorge Rosenheim, Caritas Rosenheim, Diakonie Rosenheim, DGB Rosenheim, DGB Rechtsstelle Rosenheim, Jobcenter Rosenheim Stadt, Jobcenter Rosenheim Land, KAB Rechtsstelle München, Rentenberatung der Rentenversicherung, VdK Rosenheim, Ver.di Rosenheim, Vinzentiusverein Rosenheim

Dem Sozialforum Rosenheim gehören ständig an:

Attac Rosenheim, Betriebsseelsorge der Erzdiözese München/Freising und Rosenheim, Caritas Rosenheim, Diakonie Rosenheim, DGB Rosenheim, KAB Rosenheim, evangelisches Dekanat Rosenheim, katholisches Dekanat Rosenheim, Kunstpastoral der Erzdiözese München und Freising, VdK Rosenheim, Ver.di Rosenheim